

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich RM. 2.50, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich RM. 7.50. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

„Anzeiger“ finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 4-gelappten Nonpareilgröße über deren Raum mit 80 Pfg., die 2-gelappten mit 20 Pfg. berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gegründet 1878. Druck und Verlag: Mülle'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Gegründet 1878.

Nr. 126

Nastätten, Dienstag, den 25. Oktober 1921

44. Jahrgang

## Rücktritt des Kabinetts Wirth.

Berlin, 22. Okt., 6 Uhr nachmittags. Wie wir schon erfahren, hat das Reichskabinett auf Antrag des Reichskanzlers seinen Rücktritt erklärt.

Berlin, 22. Okt. Die Note der Völkervertragskonferenz über Oberschlesien hat auf das Reichskabinett, insbesondere auf den Reichskanzler persönlich, einen so niedermettenden Eindruck gemacht, daß er sehr wenig Neigung hat, die Geschäfte des Reiches weiterzuführen. Nachdem Dr. Wirth selbst die Lust verloren hat, die Geschäfte weiter zu führen, nachdem Zentrum und Demokraten eine Demission des gegenwärtigen Kabinetts für unerlässlich halten, nachdem die Deutsche Volkspartei in einem Verbleiben Wirths auf dem Kanzlerposten eine Erschwerung für den Eintritt in die Koalition sieht und nachdem die sozialdemokratische Fraktion unter diesen Umständen auf sein Verbleiben kein Gewicht mehr legt, dürfte Dr. Wirth eine Neubildung des Kabinetts nicht mehr übernehmen.

Mit dem Rücktritt des Kabinetts Wirth, das in der Nachwelt als „Kabinett der Erfüllung“ fortleben wird, ist das eingetretene, was eintreten mußte, und was schon seit Tagen, Wochen und Monaten immer aufs Neue vorausgesagt worden ist: Die „Politik der Erfüllung“ hat nunmehr auch amtlich den Bankrott angeht. Diese Ansage erfolgt reichlich spät, und es ist für den Geist der Schildträger dieser Politik äußerst bezeichnend, daß es erst der amtlichen Bestätigung der Senfer Beschlüsse über die Vergewaltigung Oberschlesiens bedurfte, um sie zu diesem Eingeständnis zu bewegen.

## Der Inhalt der Entscheidung.

### Die neue Grenzlinie.

Die Entente-Note mit der Entscheidung des Völkervertragsrates enthält an erster Stelle die vom Völkervertragsrat vorgeschlagene Grenzlinie.

Diese geht die Ober von der bisherigen Grenze hinab bis kurz vor Ratibor und zieht sich dann genau nach Nordosten bis in die Gegend von Hindenburg, dieses selbst und Gleiwitz deutsch lassend dagegen fast den ganzen Kreis Arnheim, den Kreis Pleß, Teile des Kreises Gleiwitz und des Kreises Hindenburg mit Ruda und vollständig die Kreise Rattowitz und Königshütte mit den Städten Polen zuweisend. Demnach bleibt deutsch, aber unmittelbar um die Stadt herum biegt die Grenze nach Norden und schneidet die Hauptteile der Kreise Karnowitz und Lublitz mit den Städten und den wichtigsten industriellen Anlagen von Deutschland ab.

### Das Wirtschaftsabkommen.

Die Note teilt dann das zwischen Deutschland und Polen abzuschließende Wirtschaftsabkommen mit, das die wirtschaftliche Einheit des Industriegebietes wahren soll. Die wichtigsten Punkte, die hiernach zu regeln sind, sind: 1. Die Eisenbahnen, 2. Die Währung, 3. das Zollsystem, 4. die Kohlenfrage, 5. die Staatsangehörigkeit und die Niederlassungsverhältnisse sowie der Minnerbeitenschutz.

1. Die Eisenbahnen sollen für das Industriegebiet einheitlich bleiben und einer gemischten Kommission unterstehen, das gleiche gilt von der Wasser- und Elektrizitätsversorgung.

2. Die deutsche Mark soll während der ersten 15 Jahre einziges gesetzliches Zahlungsmittel des ganzen Industriegebietes bleiben.

3. Die Zollgrenze soll zwar sofort an die politische Grenze gelegt werden, doch werden zwei Uebergangsperioden von sechs Monaten bzw. 14 1/2 Jahren eintreten, während derer der Verkehr zwischen den Teilen des Industriegebietes ganz bzw. teilweise zollfrei bleibt.

4. Nach dem Friedensvertrag muß Polen während 15 Jahren die Ausfuhr nach Deutschland von Bergwerksprodukten aus der polnischen Zone des Abstimmungsgebietes gestatten, bezuglich Deutschland nach Polen.

5. Auch die Personen, die das Optionsrecht für die deutsche Staatsangehörigkeit ausüben, haben das Recht, ihren Wohnsitz in Polen während 15 Jahren bei-

zubehalten, und umgekehrt. Jedem Oberschlesier steht das Petitionsrecht an den Völkervertragsrat zu, soweit es sich um Fragen des Minoritätenschutzes handelt.

Weitere Bestimmungen beschäftigen sich mit der Anerkennung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und der Regelung der sozialen Versicherung, dem freien Verkehr der Einwohner Oberschlesiens über die Grenze und die Aufrechterhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Polen soll für die Dauer von 15 Jahren auf das Recht der Liquidation des deutschen Eigentums verzichten, aber nur insoweit, als die Liquidation nicht im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebe für notwendig erachtet wird.

Zur Durchführung der Bestimmungen sind Ausschüsse vorgesehen, die sich aus Deutschen und Polen zusammensetzen, deren neutrale Vorsitzende aber sämtlich vom Völkervertragsrat bestimmt werden. Die deutsche und die polnische Regierung werden aufgefordert, innerhalb 8 Tagen ihre Bevollmächtigten für die vorgesehenen Verhandlungen zu benennen.

Die Fristen und Verpflichtungen aus diesen Bestimmungen laufen von dem Zeitpunkt der Notifikation an, d. h., wenn die Grenze abgesteckt und das deutsch-polnische Abkommen gegenseitig unterzeichnet ist.

### Die Annahme der Entente-Entscheidung wird erzwungen.

Donnerstag nachmittag hat Briand als Präsident des Völkervertragsrates dem deutschen Völkervertragsrat und dem polnischen Gefandten in Paris den Text der Entscheidung des Völkervertragsrates über die Zerreichung Oberschlesiens mit einem Begleitschreiben überreicht. In diesem Begleitschreiben betont Briand, daß die Alliierten ihre Entscheidung — die Bestimmungen über die Grenzführung und die Wirtschaftsbestimmungen — als ein Ganzes betrachten, und fügt dann folgende Drohung hinzu:

„Die Alliierten sind entschlossen, die Beobachtung dieser Entscheidung seitens der beiden Parteien durchzusetzen. In dem Falle, daß die interessierten Regierungen oder eine derselben es aus irgendeiner Ursache ablehnen sollten, die ganze Entscheidung oder einen Teil derselben anzunehmen, oder in dem Falle, daß sie durch ihre Haltung bekunden sollte, der loyalen Durchführung dieser Entscheidung Hindernisse in den Weg zu legen, sind die alliierten Regierungen im Interesse des allgemeinen Friedens der Ansicht, daß die Notwendigkeit vorliegt, so schnell wie möglich den in Aussicht genommenen Herrschaftsansatz einzusetzen, wobei sie sich vorbehalten, solche Maßnahmen in Anwendung zu bringen, die sie als notwendig erachten, um die volle Wirkung ihrer Entscheidung sicherzustellen.“

Das ist eine unverhüllte Drohung mit Gewaltmaßnahmen, falls Deutschland sich der unannehmbaren Entscheidung nicht freiwillig unterwirft.

### Die Verluste in Oberschlesien.

#### Die Folgen der Senfer Entscheidung.

In der Bentheimer Handelskammer berichtete Geh. Bergat Dr. Williges über die wirtschaftlichen Folgen der Senfer Entscheidung. Da die gegenwärtigen Verhältnisse — so führte er aus — sechs Monate lang bestehen bleiben, ist uns Zeit zur Sammlung gegeben. In den bisherigen Beröfenlichtungen wurde von der Beibehaltung der deutschen Mark gesprochen. Die Handelskammer werde sich unaufhörlich damit befassen müssen, denn es sei nicht angängig, daß ein Loch im Dike aufgetan wird. Die Industrie werde die bisherige Entfaltung nicht mehr aufrecht erhalten können. Der Abzug an Steinkohle werde in den abzutretenden Gebieten fast ganz unmöglich sein, da die Kohle verwendende Industrie erst in den Anfängen stehe. Die Bölle auf Materialien und Maschinen werden die weitere Entwicklung hemmen. Die Rindindustrie gehe für Deutschland verloren, die Eisenindustrie gehe dem Ruin entgegen.

Mit dem Niedergang der Industrie werde die Zahl der Arbeitslosen wachsen, es werden Ernährungschwierigkeiten eintreten. Während auf der einen Seite Verluste in der Handelsbilanz entstehen, werde auf der anderen Seite der Bolschewismus zunehmen. Oberschlesien verliere 90 Prozent der Industrie, Deutschland 42 Prozent seines gesamten Kohlenreichtums, wodurch es un-

möglich wird, die Reparationskosten zu liefern. Diese Lieferungsunmöglichkeit sei gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des Westens. Außer dem großen Verlust an Produktionsstoffen werde Mitteleuropa und die Welt durch die Abtreuung eines Teils von Oberschlesien an Polen auch weitere Verluste erleiden, da sich der Absatz nach Oberschlesien wesentlich verringern wird. Dennoch müsse man dem Schicksal ruhig ins Auge schauen. Die Treue müsse auch über die Grenze hinaus loyal gehalten werden.

### Briand und die Sanktionen.

#### Von Aufhebung der militärischen Sanktionen keine Rede.

Der zweite Tag der großen Debatte in der französischen Kammer brachte die Fortsetzung der Offensive der Rechtsopposition gegen Briand. Der Nationalist Maurice Barres griff vor allen Dingen die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen an.

Ihm antwortete Briand, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur den Zweck hätten, Deutschland zum Nachgeben zu zwingen. Die militärischen Sanktionen hätten den Charakter eines Zwanges gehabt, um eine deutsche Regierung, die sich geweigert haben würde, den Friedensvertrag anzuerkennen, zu zwingen, daß sie ihn ausführe. Man bleibe in Ruhort, Düsseldorf und Duisburg nicht in dem Wunsche, immer dort zu bleiben, sondern um den Willen zu erkennen zu geben, daß man die Ausführung des Vertrages sicherstellen wolle. Frankreich wolle seine Sicherheit garantieren. Die wirtschaftlichen Sanktionen hätten sich nur auf die Weigerung Deutschlands, die Reparationszahlungen anzunehmen, bezogen. Wenn man behauptete, daß die wirtschaftlichen Sanktionen verschwunden seien, müßten die militärischen Sanktionen, die die Sicherheit Frankreichs betreffen, auch verschwinden, so sei das eine Diskussionsart, gegen die er vollkommen entwaffnet sei.

Hieraus folgerte Barres, ohne widerprochen zu werden, daß von einer Aufhebung der militärischen Sanktionen keine Rede sein könne. Er schloß mit der Erklärung, daß für Frankreich die Sicherheit am Rhein eine Politik der moralischen Abrüstung und die Reparationen eine wirtschaftliche Kontrolle über die Reichtümer Deutschlands seien.

In der weiteren Debatte kam auch der linksstehende Deputierte de Casselle zum Wort, der heftige Kritik am Versailles-Vertrag übte, der ebenso viele Kriegsdrohungen wie Friedensversprechungen enthalte. Jedenfalls warte Frankreich seit drei Jahren, daß endlich der Friede eintrete. — Diese Worte der Vernunft verflangen aber bald wieder und zum Schluß behauptete Mandel, die rechte Hand Clemenceaus, das Feld mit einer ganz im Sinne seines Herrn und Meisters gehaltenen Weisrede gegen Briand und Deutschland.

### Finanzkonflikt zwischen Regierung und Kammer?

Der Finanzausschuß der französischen Kammer hat Briand mitteln lassen, daß die vorgeschlagenen Abträge am Budget für 1922 ungenügend seien. Er verlangt neue Sparmaßnahmen.

### Zuckerbrot und Peitsche.

#### Ein englischer Antrag auf Friedensrevision.

Es ist das übliche Lied wie bei allen Compiegne und Versailles, in Spa und in London, und so kommt es auch jetzt: Während der eine der „Alliierten“ Deutschland mit der Peitsche droht, wenn es nicht artig ist, verpflichtet ihm der andere Zuckerbrot, wenn es recht artig ist.

So trifft auch jetzt, an demselben Tage, da die Oberschlesien-Entscheidung der Reichsregierung vorliegt, prompt aus England die Meldung ein, daß im englischen Unterhaus der Abg. Kenworthy folgenden Antrag eingebracht hat:

Das Haus ist der Ansicht, daß die unter dem Friedensvertrag und den darauf folgenden Abkommen Deutschland auferlegten Entschädigungszahlungen für den Handel der Welt nachteilig sind, und es gibt der Meinung Ausdruck, daß die Zeit für eine Revision der Gesamtanlage gekommen ist, mit dem Vorbehalt, daß jede mögliche Unterstützung von Seiten Deutschlands für den Aufbau der verwüsteten Gebiete in Frankreich gegeben werden soll.

Flomb George hatte bereits des Öfteren schon davon gesprochen, daß man Deutschland die Zahlung erleichtern müsse. Aber seine Faten, die Entscheidung über Oberschlesien bedeuten das Gegenteil. Das soll man also von diesen Redensarten be-

Trotzdem darf aber die deutsche Regierung die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, sondern müßte sie mit beiden Händen ergreifen, um mit ihrer Hilfe sich dem einzigen Ziel, das es für sie gibt, der unerlässlichen Revision des Friedensvertrages zu nähern.

### Ein englisch-amerikanischer Reparationskredit?

In gleicher Zeit bringt der „Newport Herald“ die Nachricht, daß der bekannte englische Bankier Anton Rothschild in den letzten Tagen mit der Berliner Regierung wegen eines englisch-amerikanischen Reparationskredits verhandelt habe. Baron Rothschild selbst legt diese Verhandlungen mit der englischen Regierung fort, und wenn er in London Zustimmung finden sollte, würde er sofort nach Amerika reisen, um mit amerikanischen Bankiers zu verhandeln.

Bei den Berliner Verhandlungen soll man hauptsächlich die Amortisation der Anleihe erörtert haben, und man habe erklärt, daß die Anleihe eine Laufzeit von 25–30 Jahren haben solle. Die Amortisationsquote würde ungefähr 3 v. H. betragen. Deutschland wünsche, in den ersten zwei oder drei Jahren zu der Amortisation nicht beitragen zu sollen. Besondere wirtschaftliche Vorteile würde diese Anleihe im Innern Deutschlands nicht hervorgerufen, da ihre Ergebnisse automatisch der Entschädigungskommission an den Fälligkeitsterminen für Entschädigungszahlungen übermittelt werden sollen.

Ueber die Höhe des Kredites sei noch nichts bekannt, doch berichtet das amerikanische Blatt selbst, daß Sinnes Zweifel über den Wert dieser Kreditpläne zum Ausdruck gebracht habe.

### Karl wieder in Ungarn?

#### An der Spitze der burgenländischen Insurgenten?

#### Der „Vorwärts“ meldet aus Wien:

„Kaiser Karl ist in der Nacht zum Sonnabend im Flugzeug in Dedenburg eingetroffen. Die Truppen wurden auf seinen Namen vereidigt und begrüßten ihn mit Eisenfasen. Der Dedenburger Gendarmerekommandant, Major Osternburg, verhielt sich vorläufig noch abwartend. Ein Kurier der Dedenburger Entente-Entscheidung brachte heute nacht die Bestätigung des Eintreffens des Kaisers in Dedenburg. Karl soll an der Spitze der Pronay- und Osterreich-Truppen nach Budapest marschieren. Der Zugverkehr nach Ungarn ist eingestellt.“

Bundeskanzler Schober hat den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Benesch sofort von dem Ereignis verständigt.

In Budapest ist die Regierung Bethlen gestürzt. Eine karlistische Regierung mit Rakovsky und Julius Andrássy ist an ihre Stelle gesetzt worden.“

Eine Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Der Zufall fügt es, daß am selben Tage in Fünfkirchen der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen in einer Rede u. a. sagte:

Durch die Revolution und die Unterzeichnung des Vertrages von Trianon sei Ungarn zu einem unabhängigen Staat geworden. Der König sei durch die Revolution in der Ausübung der Herrscherrechte verhindert worden. Da aber gemäß der ungarischen Verfassung in der Ausübung dieser Rechte keine Unterbrechung eintreten dürfe, andererseits die Ausübung von der Annahme gewisser Bedingungen abhängig, so müsse die Regierung im Auftrage der Nation mit dem König über diese Bedingungen verhandeln. Ihr obliege die Pflicht, ohne auf den Standpunkt zu verzichten, daß die Erledigung der Königsfrage eine innere Angelegenheit sei, auch mit den Signaturmächten die diplomatische Fühlungnahme zur Befanntgabe des ungarischen Standpunktes aufzunehmen. Solange die Verhandlungen zu keinem Ergebnisse führen, würden alle Bestrebungen zur Aufwertung



der Königsfrage innerhalb und außerhalb des Parlamentes als verfassungswidrig und revolutionär von der Regierung unterdrückt werden. Die Regierung werde unter keinen Umständen weder einen Putsch noch eine Dethronisation dulden.

### Deutschland und seine Söhne.

Große, äußere Schwierigkeiten und harte innere Notwendigkeiten fallen jetzt in Deutschland zusammen. Der Entente, die uns die einen verursacht hat, sind die anderen nicht unbekannt. Sie nimmt aber davon keine Notiz, obwohl es ihr ein Leichtes gewesen wäre, durch Entgegenkommen die scharfen Preissteigerungen zu mildern, die auf die rapide gesunkene Valuta zurückzuführen sind. Schon ein geringer Vertrauensbeweis, ein Aufschub in unserer Zahlungsverpflichtung, hätte genügt, die deutsche Reichsmark zu stützen und ihre Kaufkraft zu erhöhen.

Damit wäre Millionen von Beamten des Reiches, der Staaten und der Städte, Angestellten, Arbeitern und Personen des Mittelstandes geholfen worden, manche Sorge wäre von ihnen genommen worden. Ist auch nicht alles, was im Deutschen Reich in diesem Herbst geschehen ist, zu entschuldigen, so ist doch vieles zu erklären. Zu lange haben wir unter dem Zeichen des Mangels gestanden, als daß nicht der dringende Wunsch berechtigt wäre, von diesen trüben Existenzverhältnissen erduldlich befreit zu werden.

Außer den Goldmilliarden, die wir für die Verpflichtungen aus dem Londoner Ultimatum auszuführen haben, sind von uns also Milliarden in Papiermark für die Milderung der inneren Sorgen zu schaffen. Was an Steuern eingeht, genügt auch nicht entfernt für die Bedienung aller dieser Ausgaben, und für die Ausbringung der inneren Feuerungsgelder muß die Banknoten-Druckpresse Tag und Nacht arbeiten. Leider wissen alle Beteiligten, daß je mehr Papiergeld gedruckt wird, desto stärker sich die Entwertung des Geldes zeigt. Tatsächlich steht es in diesem Herbst so, daß die Höhe der beschlossenen Steuerzulagen schon nicht mehr der Sachlage entspricht, wenn die Auszahlung dieser Unterzählungen erfolgt.

Und diese peinliche Situation ist in letzter Linie nur eine Folge der Unerbittlichkeit der Entente. Steht es mit uns nicht eben gut, so sind wir doch gewiß keine Nation von Schiefern und Schleichhändlern, und es könnte uns wirklich Vertrauen bewiesen werden. Wohin für den einzelnen dieser Weg führen wird, ist dunkel, aber für das gesamte Volk sicher nicht in ein Paradies. Daß Deutschland sich allein gefund machen kann, ist ausgeschlossen, es kann sich schließlich auch nicht mehr mit wertlosem Papier satt machen. Das Reden der Entente bringt nicht vorwärts, und wir schauen uns mit Gesichts, als ob an weißer Wand die rätselhafte Inschrift mit der Ankündigung von der Katastrophe erscheine. Tausende meinen, es geht ja nun schon so lange von einem Monat zum andern. Die Monate wandern vorwärts, aber mit dem Gelde geht es rückwärts.

### Preussischer Landtag.

Berlin, 20. Oktober 1921.

Die Kartoffelnot.  
In der Fortsetzung der Debatte über die Kartoffelnot wies Abg. Pischke (D. Rp.) besonders darauf hin, daß die Kleinstädte von dieser Not ebenso betroffen würden wie die Industriebezirke und die Großstädte. Die Mildernde sei nicht allgemein. Die Landwirtschaft habe keine Schuld an der wuchernden Preisbildung.

Ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums erklärt, daß eine große Schuld an den unzulässig hohen Preisen die Aufkäufer trügen. Die Kartoffelernte könne im ganzen nicht als ungenügend bezeichnet werden, sie betrage 80 Prozent des Durchschnitts der letzten Jahre. Auch die Transportverhältnisse seien nicht so sehr schlecht. Es bestehe keine Gefahr. Die Tatsache, daß nicht allen Wagenanforderungen genügt werden konnte, führe man auf den fast gänzlichen Ausfall der Wasserstraßen wegen des niedrigen Wasserstandes und auf die bevorstehende Tarifierhöhung zurück. Man habe Maßnahmen für eine bessere Wagenstellung für Kartoffeln getroffen.

Von den vorgezeichneten Abhilfemaßnahmen erklärt er die Einführung des Umverfahrsverfahrens für nicht durchführbar, weil das die Rückkehr zur produktionshemmenden Zwangswirtschaft sei. Das gleiche gilt von Höchst- und Höchstpreisen. Redner richtet zum Schluß einen Appell an die Landwirte, ihre Pflicht zu tun und der dringenden Not des Volkes abzuhelfen, und fordert die Verbraucher auf, die Zahlung von Wucherpreisen zu verweigern.

In der nun einsetzenden lebhaften Debatte über diese Erklärung verteidigt Abg. Meyer-Bielefeld (Dnat.) die Landwirtschaft gegen den ihr von den Sozialisten gemachten Vorwurf, sie sei an der Notlage verantwortlich, und greift das Verkehrsministerium an, weil es durchaus nicht genügend für den Abtransport gesorgt hat. Der Zentrumsdreher, Dr. Paulen, stellt sich ebenso wie die Demokratin Frau Boehlmann auf den Standpunkt der Regierungserklärung. Die Abg. Brandenburg (Soz.) und Fürgens (U. S.) greifen diese Erklärung dagegen auf das entschiedenste an. Die Regierung scheue sich vor den deputationalen Landwirten vor energischen Abhilfe-Maßnahmen zurück; allein die Zwangswirtschaft könne helfen.

Abg. Held (D. Rp.) erklärt, sachliche Zusammenarbeit ohne politische Hege würde der Kartoffelnot bald abhelfen.

### Regierungserklärung im Preussischen Landtag.

Berlin, 21. Oktober 1921.

Im Preussischen Landtag gab Ministerpräsident Stegerwald folgende Erklärung ab:  
„Neues schweres Unheil von noch unabsehbarer Tragweite ist über Preußen und Deutschland hereingebrochen. Nachdem der Friedensvertrag uns die Provinz Polen, die halbe Provinz Westpreußen, das Mecklenburg, Nordschleswig und Eupen-Malmédy geraubt, sind nun auch die feindlichen Wüsten über Oberschlesien gefallen. Das ausschließliche Recht preussisch-deutscher Arbeit und Talfrucht, deutscher Intelligenz und Ordnung, soll in zwei Teile zerrissen werden, von denen der wertvollere Teil Polen überantwortet wird. Norddeutsche Städte, Wälder westeuropäischer Kultur, wirtschaftliche Mittelpunkte des ganzen ober-schlesischen Industriegebietes, Knotenpunkte seines Eisenbahnnetzes, sollen der Polonisierung verfallen! Die gesamte Produktion, der größte Teil der Eisen- und Stahlwerke, weit mehr als die Hälfte unserer dortigen Kohlengruben werden uns entzogen, und die wir andere Länder mit jährlichen Kohlenbeiträgen versorgen müssen.“

Jeder Mann und jede Frau, die noch deutsches Empfinden bewahrt haben, schüttelt auf unter dieser neuen Bergewaltigung.  
Von den unparteiischen Sachkundigen aller Nationen, die Oberschlesien besuchten und studierten, ist seine Anteilbarkeit als unbedingte Voraussetzung seines wirtschaftlichen Gedeihens festgestellt worden.  
Den Ansichten aber auf endlichen wirtschaftlichen Frieden und auf die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ist damit der schwerste Schlag verleiht. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist nach Lloyd Georges eigener Erklärung aufs Neue erschüttert.

Dhnmächtigt an äußerer Gewalt, gilt es für uns, mit I u h l e m o p s die Tatsachen zu prüfen. Die Gegner selbst schlagen mit ihren immer drückender werdenden Auflagen alle Aussichten nieder, von Deutschland die erhofften Leistungen zu gewinnen. Wir dürfen nicht müde werden, diese Erkenntnis in der Welt zu verbreiten.  
Einigkeit im Innern ist jetzt erste und heiligste Pflicht. Unsere ober-schlesischen Brüder, die in den letzten zwei Jahren so fürchterliches haben durchmachen müssen, sind uns in dieser Beziehung ein leuchtendes Vorbild. Dort in Oberschlesien ist alle parteipolitische Gegnerschaft unter den deutschen Volksgenossen in den Wintergrund getreten vor der gemeinsamen Not. Darum sei ihrer, unserer ober-schlesischen Brüder und Schwestern, in diesem Augenblicke in Ergriffenheit, Verehrung und herzlichster Liebe gedacht. Was sie bisher geleistet und gelitten haben, ist echtes Heldentum.

Unzerreißbare Bande verknüpfen uns auch in Zukunft miteinander. Wir werden Euch mit allem, was wir sind und haben, weiter die Treue halten!

Selbst in diesem Augenblick höchster nationaler Not, wo nur ein Empfinden alle Deutschen, die auch nur einen Funken Vaterlandsliebe noch im Herzen haben, beherrsicht, verzichteten die Kommunisten nicht darauf, die wider die stillen Skandalaktionen zu provozieren. Als zu Beginn der Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung der Präsident dem Ministerpräsidenten das Wort erteilte, schrieb der Kommunist Kay, er habe zuerst um das Wort gebeten, und als der Ministerpräsident dem noch sprach, erhob sich bei den Kommunisten ein ohrenbetäubender Lärm. Die wütendsten Schimpfwörter flogen Stegerwald an den Kopf; ein dichter Anhauf von Abgeordneten ballte sich vor der Tribüne zusammen, und es schien fast, als ob es zu Tätlichkeiten zwischen den radikalen Madanbrüdern und der auf äußerster Empörung beruhenden Mehrheit würde. In diesem wilden Lärm waren die Worte des Ministerpräsidenten fast ganz unvernehmlich. Als er aber geschlossen hatte, überhäubte der tosende Beifall der Mehrheit des Hauses den Lärm der Moskowiter, und man bereitete ihm stürmische Ovationen, die ihm bewiesen, daß er der überwältigenden Mehrheit des Volkes aus dem Herzen gesprochen hat.

Und warum dieser kommunistische Lärm? Weil bei dem Abg. Mauer die Polizei eine Hausdurchsuchung vornahm und er deswegen nicht an der Sitzung des Reichstages teilnehmen konnte, weil der Abg. Kay nachher erklärte, der sich deswegen mit dem Präsidenten herumschickte. Die Mehrheit schloß diese unerquicklichen Szenen schließlich damit ab, daß sie sich auf den 3. November vertagte.

Das war das Echo, das die Erklärung Stegerwalds im preussischen Landtag gefunden hat. Muß nicht jedem Deutschen die Schamröte in das Gesicht schlagen ob solchen Treiben, dem die eigene Parteiführerin selbst in Zeiten höchster vaterländischer Not über alles geht, mag auch Deutschland dabei in Trümmern gehen?

Das war das Echo, das die Erklärung Stegerwalds im preussischen Landtag gefunden hat. Muß nicht jedem Deutschen die Schamröte in das Gesicht schlagen ob solchen Treiben, dem die eigene Parteiführerin selbst in Zeiten höchster vaterländischer Not über alles geht, mag auch Deutschland dabei in Trümmern gehen?

### Deutsches Reich.

Ein Todesstreich gegen die deutsche Flugzeugindustrie. Aus London liegt folgende ungläubliche Meldung vor, nach welcher gemäß Ententebestimmungen die deutsche Flugzeugindustrie zum Tode verurteilt wäre. Der englische Unterstaatssekretär für das Flugzeugwesen hat nämlich im Unterhaus mitgeteilt, die deutsche Regierung habe sich bereit erklärt, der Ent-

ente alle Flugzeuge auszuliefern, die in Deutschland seit dem Inkrafttreten des Versailleser Vertrages durch die Privatindustrie hergestellt worden sind. Es soll sich um 250 Apparate handeln. Die Entente sei der Ansicht, daß eine Verletzung des Versailleser Vertrages vorgelegen habe. Der Unterstaatssekretär fügt hinzu, daß jedes Bauen von Flugzeugen in Deutschland verboten sei, bis die internationalisierte Kontrollkommission diese 250 Apparate ausgeliefert habe. — Die amtlichen deutschen Stellen schweigen hierzu.

Wann kommt der Reichstrauertag? Es würde dem allgemeinen Volksempfinden entsprechen, wenn sich die Reichsregierung nun endlich entschließen könnte, einen nationalen Trauertag für die Opfer des Weltkrieges festzusetzen, wie es in fast allen übrigen Ländern bereits geschehen ist. Bekanntlich war die Reichsregierung im Februar d. J. von den damaligen Regierungsparteien des Reichstages um Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfes ersucht worden. Der Plan, den 6. März als Trauertag festzusetzen, war aber seinerzeit zu kurzfristig gefaßt, um eine würdige Durchführung zu gewährleisten; der Gesetzentwurf wurde infolgedessen wieder zurückgezogen. Seitdem hat man nichts mehr davon gehört, daß die Reichsregierung sich noch mit der Einführung eines nationalen Trauertages beschäftigt, statt dessen aber werden örtliche Trauer- und Gedenkfeiern noch immer durch verheulte Elemente gefördert.

Kommunisten als Amtsvorsteher. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen erließ bald nach dem letzten kommunistischen Putsch eine Verordnung, nach der alle Amtsvorsteher, die sich offen zur kommunistischen Partei bekennen, auf dem Disziplinarwege ihres Amtes zu entsetzen sind. Unter den entthronten Amtsvorstehern befand sich auch Bürgermeister Heinrich Fleer in Helbra (Mansfelder Seekreis). Der dortige Kreisaußschuß erkannte die Amtsentsetzung an. Fleer suchte diesen Urteil beim Oberverwaltungsgericht an. Nach eingehender Verhandlung wurde der Entscheid des Kreisaußschusses des Mansfelder Seekreises aufgehoben.

Eröffnung der Stuttgarter Auswanderungs-Ausstellung. Die vom deutschen Auslands-Institut in Stuttgart veranstaltete Auswanderungs-Ausstellung, die in neun Abteilungen die Entwicklung und den Stand der Auswanderung aus Deutschland, die Fürsorgeberatung und das Schicksal der Auswanderer vor Augen führt, wurde Freitag im Handelshof im Beisein des württembergischen Staatspräsidenten Sieber, der Minister, des Oberbürgermeisters, einer Reihe Parlamentarier, Gelehrter und Künstler eröffnet. Staatspräsident Sieber brachte die Wünsche der württembergischen Staatsregierung zum Ausdruck und teilte mit, daß der Reichspräsident ihn ermahnt habe, sein aufrichtiges Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, daß ihm die dringenden politischen Ereignisse dieser Tage es nicht möglich gemacht haben, seine Absicht, bei Eröffnung der Ausstellung persönlich anwesend zu sein, auszuführen.

Fortgesetzte Veranbarung der Posenener Deutschen. Wie der „Kurier Volks“ meldet, hat das Liquidationskomitee die Liquidierung einer Reihe deutscher Güter angeordnet. Die Besitzer sind aufgefordert worden, ihr Eigentum innerhalb dreier Monate an polnische Landwirte usw. zu verkaufen.

Die preussischen Städte gegen staatsliche Grundsteuern. Der Vorstand des Preussischen Städtetages erklärt gegenüber dem Entwurf der preussischen Grundvermögenssteuer: Die Finanzen der preussischen Gemeinden sind seit Miquel neben der Einkommensteuer auf den Realsteuern der Grund- und Gemeindesteuern und der Gewerbesteuern aufgebaut, weil Miquel von dem richtigen Gedanken ausging, daß Grundbesitz und Gewerbe auf das engste mit der Entwicklung der Gemeinde verknüpft sind. Die preussischen Gemeinden haben in der zwischenliegenden Zeit bewiesen, daß der Gedanke richtig war und haben in mühevoller Forderung der ihnen überlassenen Steuern in Anlehnung an die örtlichen Verhältnisse in der vielfältigsten Weise sorgsam ausgearbeitet und so ertragreich gestaltet, wie es dem Staate nie gelungen wäre und auch nie gelingen kann, weil die örtlichen Verhältnisse nur im Rahmen der Gemeindebesteuerung genügend berücksichtigt werden können. Nachdem die Einkommensteuer zur Reichsteuer geworden ist, müssen die preussischen Gemeinden verlangen, daß ihnen wenigstens die rechtliche Grundlage ihrer Finanzgebarung auf dem Gebiete der direkten Steuern unausgemälert erhalten bleibt und der preussische Staat seine Hand von diesen Steuerquellen für seine Zwecke fernhält.

Oberst Bauer, Kapitän Ehrhardt und Major Pabst wollen sich stellen. Am Kapp-Prozess ist eine Aenderung der Sachlage eingetreten dadurch, daß vier der flüchtigen Angeklundigten, nämlich Oberst Bauer, Korvettenkapitän Ehrhardt, Major Pabst und Schriftsteller Schmitzler, sich bereit erklärt haben, sich dem Gericht zu stellen, wenn sie gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft verhaftet würden. Das Reichsgericht hat ihnen durch Beschluß vom 17. dieses Monats sicheres Geleit bewilligt, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie sich ungesäumt dem Untersuchungsrichter in Leipzig zur Vernehmung stellen, daß sie an einem im Benehmen mit dem Untersuchungsrichter zu bestimmenden oder von diesem zu bezeichnenden Orte im Inlande Aufenthalt nehmen, diesen Ort ohne richterliche Genehmigung, außer zur Wahrneh-

mung gerichtlicher Termine, nicht verlassen und daß sie jeder Ladung zu einem gerichtlichen Termin folgen. Auf diese Weise wird es ermöglicht, das Verfahren gegen den größten Teil der Angeklundigten in der Kapp-Sache, nämlich außer den Vornannten auch gegen die Angeklundigten v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele, einheitlich durchzuführen. Der gegen letztere bereits auf den 27. d. M. angelegte Hauptverhandlungstermin mußte daher verschoben werden. Das Verfahren gegen sämtliche Angeklundigten wird nach Möglichkeit beschleunigt; mit dem Stattfinden der Hauptverhandlung ist in naher Zeit zu rechnen.

Das „Hamburger Tageblatt“ in Hamburg wurde bis zum 31. Oktober einschließlich wegen eines Auftrages von Otto Ernst „Die Republik soll leben?“ verboten.

In der Nacht vom 25. bis 26. Oktober wird im Eisenbahnverkehr auch des neu besetzten Gebietes (Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort) die westeuropäische Zeit eingeführt werden.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat den Bezirksamtmann Scheller in St. Ingbert aus dem Dienst entlassen. Bezirksamtmann Scheller erkreuzte sich allgemeiner Achtung der Bevölkerung.

Das Landgericht München hat das am 22. September erfolgte Verbot des „Miesbacher Anzeigers“ für ungerechtfertigt erklärt.

Der Thüringer Metallarbeiterstreik ist auf Grund einer Vermittlung des Thüringer Wirtschaftsministeriums beendet worden.

Das Entlassungsgeuch des Generals Reichardt, des bisherigen Chefs der sächsischen Landespolizei, ist, wie aus Dresden gemeldet wird, genehmigt worden. Vom Ministerium des Innern ist Ministerialrat Dr. Adolph an die Spitze der Landespolizei berufen worden.

Das thüringische Kabinett hat den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Krösch (Altenburg) zum Ministerpräsidenten gewählt.

Der „Ostdeutsche Herold“ ist von der F. A. N. auf unbestimmte Zeit verboten worden.

### Ausland.

Schweiz.  
Internationaler Arbeiterkongress in der Landwirtschaft. Das Komitee der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterkongress hat während der letzten Tage in Genf seine neunte Generalversammlung abgehalten und dabei zu den hauptsächlichsten Fragen, die auf der Tagesordnung der in diesen Tagen beginnenden internationalen Arbeiterkonferenz stehen, Stellung genommen. Von deutscher Seite nahm an den Verhandlungen teil Dr. Seymann vom Reichsarbeitsministerium, Leipzig, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Professor Ernst Franke und Professor Pende vor der Gesellschaft für Sozialreform. Die Versammlung hat nach langen Verhandlungen in der Kommission und in der Vollversammlung eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die dem internationalen Arbeitsamt übermittelt werden. Die wesentlichen Beschlüsse lauten: Es wird grundsätzlich eine Beschränkung der Arbeitszeit auch für die Landarbeiter für notwendig gehalten. Es wird empfohlen, für Überstunden Lohnzuschläge gesetzlich festzulegen, die Zahl der Überstunden je nach der Jahreszeit zu begrenzen und eine ausreichende, ununterbrochene Nachtruhe sicherzustellen. Die Beschäftigung von Jugendlichen an landwirtschaftlichen Maschinen und mit sonstigen unsicheren oder gesundheitsgefährlichen Arbeiten ist zu verbieten. Der Kranken- und Unfallversicherungszwang für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Landwirtschaft wird grundsätzlich gefordert, ebenso eine gesetzliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung.

### Frankreich.

Das Wiesbadener Abkommen gegen den Friedensvertrag? Die Reparationskommission hat jetzt zu dem Rathenau-Doucheur-Abkommen Stellung genommen. Sie erklärt sich vollkommen einverstanden mit den allgemeinen Grundzügen des Abkommens, nach denen Vereinbarungen vorgeschlagen werden, in denen bestimmt wird, daß Deutschland den größtmöglichen Teil seiner Reparationsverpflichtungen in der Form von Sachlieferungen zahlen darf zum Zweck des rascheren Wiederaufbaues. Sie glaubt jedoch, daß das Abkommen gewisse Abweichungen von den Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages enthält. Da sie selbst nicht zuständig sei, derartige Abänderungen vorzunehmen, hat sie beschlossen, die Frage an die Regierungen weiterzugeben, die in der Reparationskommission vertreten sind, und hat ihnen zu diesem Zweck eine Abschrift des Wiesbadener Abkommens zugestellt mit dem Ersuchen einer günstigen Prüfung. Die Reparationskommission empfiehlt unter Vorbehalt etwaiger Garantien, die die Alliierten eventuell verlangen können, um ihre Interessen sicherzustellen, daß Frankreich vernünftige Erleichterungen gewährt werden, damit die Zahlungen der Zusatz-Sachlieferungen hinausgeschoben werden können.

Portugal.  
Revolution in Portugal. Aus Lisbon wird zur Abwechslung wieder einmal



ein neues Revolutionsgemelde, das Mittwoch ausgebrochen sein soll. Drei Kanonenschiffe, die an Bord eines Kriegsschiffes abgeben wurden, bildeten das Signal zum Ausbruch der Bewegung.

**Marokko.**  
Die Unterwerfung der Aufständischen in Marokko. Zwanzig Führer des Stammes der Beni Sidal haben sich den Spaniern unterworfen. Die Aufständischen haben im Nordosten des Berges Kurugu Posten aufgestellt, um zu verhindern, daß Eingeborene sich zu den spanischen Lagern begeben, um sich zu unterwerfen.

Die belgische Kammerkession wurde am Freitag geschlossen. Die Neuwahlen finden am 20. November statt.

Der König der Belgier hat die Demission der sozialistischen Minister nicht angenommen.

Aus Paris wird gemeldet: Die Reparationskommission hat eine Untersuchungskommission eingesetzt, die die Frage der Aufteilung der österreichischen Staatsschuld unter die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie prüfen soll.

Die ungarische Regierung hat wegen der in der letzten Zeit erfolgten großen Zahl der Brandstiftungen im ganzen Lande das Brandrecht erlassen.

Die amerikanische Regierung gibt bekannt, daß alle Vorbereitungen getroffen sind, um während eines Eisenbahnstreiks die Versorgung mit Lebensmitteln durch Automobile und Schiffe aufrecht zu erhalten.

Japan hat eine neue Note an China gesandt betreffs dessen Weigerung über die Rückgabe von Schantung. Japan wiederholt sein Ersuchen, die Verhandlungen so schnell wie möglich zu beenden, um zu einer freundschaftlichen Regelung zu kommen.

Der österreichische Gesandte suchte Briand auf, um ihm vor seiner Abreise nochmals die finanzielle Lage zu berichten. Briand sagte zu, alles zu tun, damit Washington an der Unterhaltungsaktion teilnehme.

Die Unterzeichnung eines russisch-schwedischen Handelsvertrages wird im Laufe des November erwartet.

Der griechische Ministerpräsident und der Kriegsminister sind in Paris eingetroffen.

## Saatenstand Mitte Oktober.

Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrats. Die Trockenperiode des Sommers hat sich auch im Herbst fortgesetzt. Von Mitte September bis Mitte Oktober herrschte fast überall in Deutschland sonniges und warmes Wetter, das die Herbstbestellung auf den schweren Böden vielfach im starken Grade beeinträchtigt hat. Es wird häufig mitgeteilt, daß infolge der abnormen Witterung die Wintersaaten noch nicht bestellt werden konnten. Über den Stand der Winterfaat kann nur wenig geurteilt werden, da sie zum größten Teil noch nicht ausgegangen ist.

Das Wetter hat die Kartoffelernte sehr gefördert. Zum großen Teil ist sie beendet. Ueber die Höhe des Ernteertrages lauten die Berichte sehr verschieden, so daß das Ergebnis der amtlichen Ernteermittlung im November abgewartet werden muß. Aus der Provinz Sachsen wird gemeldet, daß die Kartoffelernte vielfach enttäuscht, während die Zuckerrüben die Erwartungen übertrafen habe.

Allgemein wird über Mühseligkeit berichtet.

## Preisprüfungen.

Die fortschreitende Verteuerung sämtlicher Gegenstände des täglichen Bedarfs hat zu einer lebhaften Beunruhigung der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Verbraucher, geführt. Es wird mit Recht befürchtet, daß eine durch wirtschaftliche Ursachen bedingte Preissteigerung von gewissen Leuten zur Ausbeutung der Notlage der Bevölkerung ausgenutzt wird.

So schrieb unlängst der Reichswirtschaftsminister an den Reichs-Landbund. Man wird seiner Auffassung der Lage durchaus beipflichten, insbesondere auch hinsichtlich seiner praktischen Vorschläge über Preisprüfungen. Sie lauten in dem genannten Schreiben:

„Auch die Kreise der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Gewerbes verfolgen mit Sorge die weitere Entwicklung der Preisbewegung. So hat der „Hauptauschuß des deutschen Industrie- und Handelstages“ sich in einem Beschluß an alle Kreise von Industrie, Großhandel und Kleinhandel gewandt und auf die Notwendigkeit einer einmütigen Zusammenarbeit zur möglichsten Eindämmung der bedrohlichen Preissteigerungen hingewiesen. So dankbar alle diese Maßnahmen begrüßt werden müssen, so kann doch nicht verkannt werden, daß mit der notwendigen Bekämpfung der die öffentliche Ordnung gefährdenden Mißstände weder die Teuerung selbst beseitigt, noch ihre weitere Verschärfung verhindert werden kann. Macht die gegenwärtige Preissteigerung Fortschritte — ein Umstand, der in Rechnung gezogen werden muß (ist eingetreten). D. Red.) —, so dürften die erwähnten Maßnahmen allein nicht genügen, um eine Beruhigung der notleidenden Bevölkerung herbeizuführen. Es wird vielmehr darauf ankommen, das Verständnis der breiten Masse zu stärken und auf eine Verbreitung der Erkenntnis von den Ursachen der Preisbewegung mehr als bisher hinzuwirken. Alle hierauf gerichteten Bestrebungen beaeanen aber, soweit sie aus den

Kreisen der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Gewerbes kommen, dem Mißtrauen der Bevölkerung. Es erscheint mir daher angezielt, die Preisprüfungsstellen erneut auf die Aufgabe hinzuweisen. Ich darf wohl erwarten, daß Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe die Preisprüfungsstellen in dieser schwierigen Arbeit unterstützen und sich zu gemeinsamen Besprechungen mit Vertretern der Verbraucherschaft zwecks Aufklärung und Ausgleichs der Interessen zur Verfügung stellen werden.

Ich bitte daher, auf die angeschlossenen Organisationen einzuwirken, sich zu gemeinsamer Tätigkeit mit den Preisprüfungsstellen im gedachten Sinne zusammenzufinden, gegebenenfalls die Aufforderung der Preisprüfungsstellen zur gemeinsamen Arbeit nicht erst abzuwarten, sondern aus eigener Entschlossenheit mit Anregungen an die Preisprüfungsstellen heranzutreten.“

(Unterschrift.)

Die Landwirte und ihre Organisationen sind zu einer gemeinsamen Tätigkeit, wie sie hier vorgeschlagen wird, bereit, schon damit auch sachverständiger, landwirtschaftlicher Rat in den Preisprüfungsstellen genügend zum Ausdruck kommt, wo es leider hier und da gehapert hat.

## Die Kartoffelversorgung.

Mahnahmen gegen zu hohe Preise. In einer im Reichsarbeitsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung wurde die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung und die Preisentwicklung eingehend besprochen.

Von dem Minister wurde darauf hingewiesen, daß eine Senkung der Kartoffelpreise dringend notwendig sei, und die Vertreter von Landwirtschaft und Handel wurden ersucht, im Hinblick auf den Ernst der Lage kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Preisentkung herbeizuführen. Weiter wurde dringend empfohlen, die bereits in vielen Fällen eingeleitete Hilfsaktion, durch Abgabe verbilligter Kartoffeln die Notlage der minderbemittelten Bevölkerung zu lindern, die bereits in einzelnen Landesteilen mit anerkanntem Erfolg durchgeführt ist, in noch größerem Umfang möglichst in allen Teilen des Reiches zur Durchführung zu bringen.

Eine Festsetzung einheitlicher Höchst- und Richtpreise, die von Seiten der Konsumenten vielfach gefordert wird, wurde von Landwirtschaft und Handel aber einstimmig abgelehnt, weil das lediglich die Ware vom Markt vertreiben und dadurch zu einer Verschlechterung der Versorgung führen würde.

Die Vertreter von Landwirtschaft und Handel versprachen durch Einnahme und Aufklärung innerhalb ihrer Berufsgruppen auf eine Senkung der Preise hinarbeiten zu wollen. Sie versprachen in Anbetracht der Notlage der Konsumenten, nochmals ihre Berufsgruppen auf die Wirksamkeit der eingeleiteten Hilfsaktionen hinweisen zu wollen.

Uebereinstimmend wurde die Ursache der unglücklichen Preisentwicklung in dem mangelhaften Abtransport der Kartoffeln gesehen. Von den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums wurde entgegengehalten, daß in diesem Jahre bis 14. Oktober 25 732 000 Zentner den Bedarfsbezirken zugeführt worden seien, also nur 1 Million Zentner weniger als im Vorjahre. Das Reichsverkehrsministerium beabsichtige jedoch, noch durch weitere einschneidende Maßnahmen eine Verstärkung der Wagenstellung zu erzielen.

### Eine letzte Mahnung.

Zum Schluß ergriff der Minister nochmals das Wort zu einer letzten Mahnung an Landwirtschaft und Handel.

Er ermahnte die Organisationen dringend, sich der Notlage der Konsumenten nicht zu verschließen und in gemeinschaftlicher Arbeit mit den zuständigen Behörden und Organisationen darauf hinzuwirken, daß diejenigen Berufsgruppen, die in Verletzung der Notlage der Konsumenten durch hohe Preisforderungen sich in unangelegentlichem Maße bereichern, rücksichtslos zur Rechenschaft gezogen werden. Er bitte, im weitesten Umfang durch Aufklärung in der lokalen Presse und durch Rundschreiben an die unterstellten Organisationen die Landwirtschaft zu einer verstärkten Ablieferung zu angemesenen Preisen anzuhalten und durch lokale Verhandlungen die bereits eingeleiteten Hilfsaktionen zu unterstützen und auf breiterer Basis zu stellen. Er hoffe, daß es gelingen werde, das günstige Verladewetter noch zu einer möglichst starken Abfuhr von Kartoffeln zu benutzen.

Der Minister erkannte an, daß der oben angegebene Gesamtversand an Kartoffeln als unbefriedigend nicht anzusehen sei und daher auch für die Bevölkerung zu übertriebenen Besorgnissen Anlaß vorliege.

## Heimatisches.

Nastätten, 24. Oktober 1921.

Konzert zum Besten des Ehren-Friedhofes. Einen dem Zwecke der Veranstaltung entsprechend würdigen Verlauf nahm das Konzert, welches am gestrigen Abend in der Turnhalle stattfand. Mit dem Chor „Der Herr ist mein Hirn“ wurde die Feier eröffnet. Herr Bürgermeister Wasserloos sprach sodann in herzlichen Worten und dankte insbesondere all denen, die ihre Kräfte in den Dienst des guten Zweckes gestellt haben. Den Ausführungen des Redners wurde reichlicher Beifall gezollt. Ebenso aufmerksam lauschte die Zuhörerschaft des bis zum letzten Platz besetzten

Saales den erst und stimmungsvoll vorgebrachten Weisen der „Concordia“, des Rath. Kirchenchors und der gemischten Chöre. Auch über die sämtlichen sonstigen Darbietungen war man vollaus begeistert. Die Stadt Nastätten hat mit dieser Veranstaltung bewiesen, daß sie die Taten ihrer Helden nicht vergessen hat und sie zu würdigen weiß. Allen Mitwirkenden, die durch ihre volle Hingebung zu dem guten Gelingen des Abends beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle gedankt.

Landwirtschaftliche Lehranstalt. Laut Beschluß der Landwirtschaftskammer Wiesbaden beginnt der Unterricht an der hiesigen Landwirtschaftsschule nicht am 25. ds. Mts., sondern am Montag, den 7. November. — Frä. Roggenbach aus Münster ist als Lehrerin für Hauswirtschaft an dieser Schule berufen worden. Weitere Anmeldungen für den Haushaltungskursus können noch stattfinden.

Änderung des Sonntagsruhe-Gesetzes. Die neue Novelle zum Sonntagsruhegesetz sieht eine Erhöhung der Ausnahmetage von 10 auf 14 Tage vor. An 12 Tagen soll eine Ausnahmebeschäftigung von 3, an 2 Sonntagen eine von 6 Stunden erfolgen. Das neue Zugeständnis soll den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung dienen, die in der Woche wenig Zeit zu Einkäufen in der Stadt haben.

Das Ende des Notgeldes. Wie der Reichsfinanzminister in einer Antwort auf eine Anfrage mitteilt, hat sich der Reichsrat für den Erlaß eines gesetzlichen Verbots der Ausgabe von Notgeld ausgesprochen.

Um angegriffene Augen zu stärken, lasse man sich in der Apotheke ein irisches, kräftiges Fenchelwasser bereiten und wasche die Augen morgens und abends regelmäßig damit. Dann lasse man wöchentlich einmal römische Kamillen im Wasser ab und lasse den Dampf davon, so warm man ihn ertragen kann, in die Augen ziehen. Bei fortgesetztem Gebrauch dieses ganz einfachen Mittels wird man bald die wohlthätigen Folgen spüren.

Holzhausen, 24. Okt. Dem Landwirt Ph. Fuhr dahier wurde infolge eines Familienzwistes von seinem Sohn in Notwehr ein Schuß in den Leib beigebracht, an dessen Folgen er im Verlauf einer Stunde verstorben ist.

Zollhaus, 22. Okt. Fabrikdirektor Dietrich Klobenberg ist in Sieben nach einer Operation gestorben. Mit ihm ist eine allseitig geachtete Persönlichkeit der westdeutschen Industrie dahingegangen. Seit Gründung der Portland-Zement- und Tonwerke Gewerkschaft Mirk-Zollhaus stellte er 21 Jahre lang seine große Arbeitskraft in den Dienst des unter seiner Leitung stark aufblühenden Unternehmens.

Vorchhausen, 24. Okt. Die hiesigen beiden landwirtschaftlichen Genossenschaften, Winzerverein und Spar- und Darlehnskasse, bestehen 25 Jahre. Aus diesem Anlaß soll am 30. Oktober 3,30 Uhr im Winzerhause eine Festversammlung in Verbindung mit einer einfachen Feier stattfinden.

Frankfurt, 22. Okt. Zum zweitenmale hat der Magistrat die von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossene Ruffen-Beihilfe von 50000 Mark angelehnt. — Nach Feststellungen des städtischen Statistischen Amtes zählte Groß-Frankfurt am 1. Oktober rund 472000 Einwohner.

## Vermischtes.

Von der Verlobungsreise in den Tod. Ein schweres Unglück stieß einem Kraftwagen zu, der eine Anzahl Gäste am frühen Morgen von der Verlobungsfeier des Fürsten v. Fürstenberg mit der Baronin von Gecmen-Waldeck, nach dem Bahnhof in Salzburg bringen sollte. Neben dem Chauffeur saß der Bruder der Braut, Baron Mino Gecmen-Waldeck. Kurz vor Ueug verlangte der junge Baron von dem Kraftwagenführer, daß er ein noch rascheres Tempo einschlage. Da die Straße dort ziemlich kurvenreich, hart an den fast senkrecht abfallenden Felsen und dicht am Ufer des Sees hinläuft, so weigerte sich der Führer, noch schneller zu fahren. Daraufhin soll Baron Gecmen-Waldeck dem Führer gedroht haben, ihn zu erschließen und soll dabei mit der Hand in die Tasche gefahren sein. Der Chauffeur befürchtete, daß der junge Mann seine Drohung wahr machen könne, ließ das Steuer los und erhob abweisend die Hand. Durch diese Bewegung kam das Auto aus der Fahrtrichtung und fuhr mit voller Wucht gegen einen Felsen. Das Fahrzeug überschlug sich und während alle übrigen Insassen aus dem Fahrzeug geschleudert wurden, ohne daß sie mit Ausnahme des leicht verletzten Chauffeurs Schaden genommen hätten, geriet Baron Gecmen-Waldeck unter das umgestürzte und zertrümmerte Auto und wurde mit eingestürzten Brustkorbe tot unter den Trümmern des Wagens hervorgezogen.

Der Gipfel der Pietätlosigkeit. Um die Kosten des Leichenwagens zu sparen, hatten in Duisburg mehrere Männer eine Leiche in Sackleinwand genäht, mit der Strassenbahn nach dem Friedhof gebracht. Zu spät erst wurde der Inhalt des schweren langen Paketes festgestellt, sonst wäre diese pietätlose Art der Beerdigung doch verhindert worden.

Das livländische Ritterhaus abgebrannt. Das Haus der livländischen Ritterschaft in Riga, dessen Räume geschichtlich und künstlerisch überaus wertvolle Gegen-

stände bargen, ist durch einen 24 Stunden währenden Brand völlig zerstört worden. Das palastartige Gebäude war von der lettischen Regierung der livländischen Ritterschaft mit Gewalt abgenommen worden und als Regierungs- und Parlamentsgebäude benutzt worden.

Einschränkungen im Hause Doorn. Die holländische Zeitungen melden, daß die Verwaltung des kaiserlichen Haushaltes in Doorn mehreren Hausangestellten zum 1. November kündigen müssen. Der Grund ist die verschlechterte finanzielle Lage des kaiserlichen Haushaltes; alles Eigentum des Hauses Hohenzollern, einschließlich des Privatvermögens des Kaisers, ist von der jetzigen preussischen Regierung beschlagnahmt. Der kaiserliche Haushalt ist also nur auf das ihm nach Holland überwiesene Geld angewiesen, und da 100 Mk. jetzt etwa 2 holländische Gulden ergeben, so ist die Folge davon eine Einschränkung in der Haushaltung, sowie in den bisher erfolgten Zuwendungen an das Krankenhaus in Amerongen. Das Abkommen zwischen dem Staat Preußen und der Hausverwaltung des Kaisers ist noch immer nicht getroffen.

Die Anrede „Genosse“ verboten. Der Polizeihauptmann der ungarischen Stadt Raab hat, wie die „Deutsche Zeitung“ berichtet, durch einen Erlaß den Arbeitern den Gebrauch des Wortes „Genosse“ verboten. Jede sozialdemokratische Versammlung, in der die Anrede „Genossen“ gebraucht wird, soll sofort polizeilich aufgelöst werden. In der Begründung heißt es, daß damit eine Beschränkung der Meinungsfreiheit nicht geplant sei, die erwähnte Anrede könne aber nicht geduldet werden, da sie eine zu traurige Erinnerung an die Zeit der Bolschewijenherrschaft in Ungarn darstelle.

Die Beisetzung des Königs von Bayern. Die für die Überführung der Leiche des Königs und der Königin notwendigen Maßnahmen sind von der Staatsregierung und der Leitung des Staatsministeriums des Reiches bereits eingeleitet worden. Die Leiche des verstorbenen Königs wird nach von der königlichen Familie getroffenen Bestimmungen wahrscheinlich Ende der nächsten Woche nach München übergeführt. Die Fahrt der an Kronprinz Rupprecht gerichteten Beileidskundgebungen ist bereits sehr groß. Der landwirtschaftliche Verein in Bayern sandte ein Beileidstelegramm und der bayerische Landwirtschaftsrat veröffentlichte eine Kundgebung. Ferner gingen u. a. von der Handelskammer München, vom bayerischen Handelskammertag, vom Vorstand des bayerischen Handwerkskammertages und von der Handwerkskammer Oberbayerns, von der Akademie der bildenden Künste, vom Frontkriegerbund und vielen anderen Vereinen und Körperschaften Beileidskundgebungen ein.

Der bekannte Tierbildhauer Prof. August Gaul ist in Berlin in seinem 52. Lebensjahre gestorben.

Die kommunale Wertzuwachssteuer beihaus- und Grundstücksverkäufen ist durch Beschluß der städtischen Körperschaften mehrfach bis zum Sage von 40 Proz. vom Verkaufspreise erhöht worden, wozu dann noch die staatliche Wertzuwachssteuer (zehn Prozent) hinzukommt. Trotzdem wird nicht befürchtet, daß damit der Verkauf von Häusern unterbunden wird, weil es nicht an Geldmitteln zum Ankauf fehlt, und der Wert eines Hauses schließlich doch nicht weggekauert werden kann. Mit einer Erhöhung der Mieten muß allerdings schon infolge der Erhöhung der Gebäudesteuer gerechnet werden, die sich von 150-200 Proz. auf 800-1200 Proz. im Durchschnitt stellt, aber nicht selten auf 1500 Proz. und darüber hinausgeht. Die Gewerbesteuer ist ebenfalls beträchtlich ansteigend.

## Aus aller Welt.

Foch-Lafayette in Amerika. Die Franzosen lieben es, die jetzige Reise des Marschalls Foch nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die keine politische Reise sein soll, aber tatsächlich eine Reklame für die französisch-amerikanische Verbünderschaft darstellt, mit der Reise des Generals Lafayette vor etwa 150 Jahren zu vergleichen, als die Vereinigten Staaten für ihre Losreißung von England kämpften. Damals wurden die ersten republikanischen Ideen von Amerika mit nach Frankreich gebracht, heute ist Marschall Foch der Träger des Imperialismus und Militarismus. Nur darin ist es heute wie damals, daß Frankreich die nordamerikanische Union gern für sich gewinnen möchte. Aber mehr noch ihren Dollar-Beitand. Die „gelbe“ amerikanische Presse hat in letzter Zeit auch wieder kräftig gegen Deutschland gearbeitet, die antideutsche Stimmung tritt drüber jetzt wieder einmal deutlich zutage. Der Friedensvertrag ist zwar ratifiziert, aber von einer wirklichen Ausöhnung ist noch nicht viel zu hören.





Der Wetterdienst.

Die Wettervorhersagen des öffentlichen Wetterdienstes, die bekanntlich durch sämtliche Telegraphenanstalten übermitteln und von diesen öffentlich angeschlagen wurden, erforderten bislang einen Betrag von 2,5 bis 3 Millionen Mark jährlich.

Wie wir aus Landbundeskreisen hören, erregt diese Angelegenheit in der Landwirtschaft Besorgnis und Mißfallen. In der Wichtigkeit des öffentlichen Wetterdienstes kann billigerweise nicht gezweifelt werden.

Bekanntmachung.

Der auf Mittwoch, den 26. Oktober ds. Js., festgesetzte Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt wird abgehalten.

Der Bürgermeister: Wasserloob.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimzuge unserer lieben teuren Mutter, sowie für die vielen Blumenspenden danken wir herzlich.

Familie Schüler.

Nastätten, den 24. Oktober 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Grossmutter und Schwiegermutter

Frau Maria Kratz geb. Neob

sagen wir allen, besonders Herrn Pfarrer Kochem für die trostreichen Worte am Grabe, unseren tiefgefühlten Dank.

Die trauernd Hinterbliebenen.

Buch, Nastätten, Hamburg, den 23. Oktober 1921.

Ausverkauf! Ausverkauf!

Wegen Umbau meines Ladenlokals verkaufe meine noch auf Lager befindlichen Waren zu billigen Preisen: Frauen- und Mädchenhemden in weiß und bunt, Herrenhemden in verschiedenen Preislagen, Einsatzhemden, Rockhieber, leine Tuche, blau leine Jacken, Unterröcke, Kinderkleidchen, Kleiderdruck, Schürzendruck, Handluchstosse, Reformunterhofen, Strickgarne, Herrnmunterhofen und dgl., ferner sämtliche Kurzwaren, Haarschmuck, Stickerei, Nähgarne, Hofenträger, Turnergürtel, sowie Colonialwaren, Kaffee, Erbsen, Bohnen, Reis, Haferfloeden, Seifen, Seifenpulver, Wagenfett, Lederfett, Tabak in 91 Sorten, Zigarren, Zigaretten, Imkerartikel u. s. w.

W. Heuser, Buch (bei Nastätten)

Colonials, Kurz-, Weiß- und Wollwaren Größtes Tabakwarengeschäft der Umgebung Imker- Artikel.

Advertisement for 'Jewebe' soap and 'Joh. Will. Bauer' products. Includes text: 'Eine Hausfrau sagt der andern: Wäsche nur mit „Jewebe“ Seifen u. Seifenpulver. Es sind die besten! Alleiniger Fabrikant Joh. Will. Bauer, Dampf-Fabr., Freyendiez (Lahn). Kein Ladenlokal! :: Kein Detailhandel! :: Somit keine Schädigung für Wiederverkäufer.'

Ein unentbehrliches Nähr- und Kräftigungsmittel bei der Aufzucht von Ferkeln und Kälbern ist

„JECORIN“

Zu haben bei: Georg Bleutge, Drogenhandlung, Nastätten.

Sollte tatsächlich, um im Etat der Reichspost Ersparnisse zu machen, der Wetterdienst eine Einschränkung erfahren, so könnten wir darin nur den blöden Fiskalismus erblicken, der sich neuerdings auch in anderen Reichsämtern zum Schaden der Allgemeinheit breit macht.

Handel und Verkehr.

Er Förderung des Wohnungsbaues in Bayern. Um den Wohnungsbau weiter zu fördern, beantragte der Wohnungsreferent, den Wohnungsausschuß des Finanzministeriums zu ersuchen, eine möglichst großzügige Vorlage auszuarbeiten, die den Ausbau der bereits bestehenden steuerlichen Erleichterungen für Kleinwohnungsbau fördert.

Er Bayern gegen die Auswüchse der Devisenspekulation. Das bayerische Handelsministerium hat dem Vernehmen nach schon vor längerer Zeit die Aufmerksamkeit der zuständigen Reichsstellen darauf lenken las-

sen, daß die Ausbreitung der Spekulation vor allem auf dem Devisenmarkt in weitesten Kreisen der Bevölkerung schwerste Verwirrungen und tiefgehende Verunruhigung hervorgerufen haben. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß in Bayern die kleinen, um die Grenze des Existenzminimums sich bewegenden Vermögen und die Schicht der nun mit dem Untergang Bedrohten verhältnismäßig größer und wichtiger ist, als in manchen anderen Teilen des Reiches, und daher Bayern besonders an den Vorgängen interessiert ist, die vor allem an den großen Börsen in Erscheinung treten.

Er Ausschaltung des Handels durch Reichs- und Staatsbehörden. Der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands erhebt beim Reichswirtschaftsamt Beschwerde, weil durch zahlreiche Maßnahmen behördlicher Stellen der reelle Einzelhandel ausgeblendet werde, insbesondere durch Errichtung eigener Warenver-

lungsstellen in den Staatsbetrieben. Dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsarbeitsministerium wird unter anderem Häufig gegenüber dem Handel vorgeworfen. Die sogenannte Bergarbeiterverordnung ist völlig zusammengebrochen. Der Reichswirtschaftsrat wird sich in einer Ausschlußkommission mit diesen Klagen beschäftigen. — Der vom Reichstag angeregte Ausschluß zur Aufhebung einheitlicher Grundsätze für die Vergütung von Leistungen und Lieferungen für das Reich und die Länder wird in aller nächster Zeit einkommen werden.

Er Das Ende des deutschen Rinfalles. Mit der wirtschaftlichste Zeit Oberschlesiens, den Polen erhalten hat, sind die deutschen Zinkhütten, weil wir im ganzen übrigen Reichsgebiet nur noch ganz wenige Produktionsstätten in diesem Metall besitzen. Das wissen die Polen und ihre Zinkhüttenmänner, und sie werden ihre Preise danach stellen. Vor dem Kriege kostete ein Meter Dachrinne aus Zink etwa 2 Mark. In diesem Sommer stand der Preis schon in den vierziger Mark, und was jetzt werden wird, ist nicht abzusehen. Welche Preisänderungen sich in Eisen und Kohlen seitdem werden, wird bald klar, aber nicht etwa erfreulich sein.

Mit dem Abdruck eines neuen Romanes werden wir in übernächster Nummer beginnen.

Alle Sorten Wintergemüse-Pflanzen:

Wirsing, Weiskraut, Postkraut pp. drei Sorten Winterkaltpflanzen und starke

Frühlingszweibelpflanzen empfiehlt

Gärtnerei E. Wölfert Nastätten : Oberstraße.

Gruben-Sand

besser als Rheinsand zum Verputzen von Gebäuden in jeder Menge.

Gruben-Ries

grob und fein für Begebau franco Lieferung zu haben bei

Heinrich Meyer, Vierschied. Telefonische Bestellungen bevorzugt. Telefon Nr. 23.

Ia. Limburger Käse

(in bester Qualität) Tilsiter Käse (in Kästen)

Harzer Käse (vollfett)

frisch eingetroffen. Hch. Schenck, Nastätten.

Wagen-, Leder-, Maschinenfette Maschinen-, Motoren-, Cylinderöle, Centrifugenöle, Carbolineum (garantierte Friedensqualitäten) empfehlen

Gebr. Hiestand

Del- und Fettgroßhandlung Hofheim i. Ts., Telefon 110.

Niederlage für Mehl u. Umgebung bei David Groß, Mehlten, Hundsgasse.

Beschneiden

von: Obstbäumen, Zwergobst und Beerenstrauchern führt sachgemäß aus Erhard Früh, Mehlten.

Empfehle für Graberschmuck blühende Winter-Astern in verschiedenen Sorten, ebenso blühende Stiefmütterchen u. s. w., blühende Topf- und Blatt-Pflanzen sind stets zu haben.

Gärtnerei E. Wölfert Nastätten : Oberstraße.

Pecuphosphin

vielbewährtes erprobtes Mittel gegen Knochenwucherung und Steifheit der Glieder bei Jungvieh. Zu haben: Apotheke in Nastätten.

Ia. Batterien

für Taschenlampen etc. in bester frischer Ware empfiehlt Müllersche Buchhandlung Nastätten : Bahnhofstraße.

„Hotel Guntrum“ : Nastätten.

Nicht am Oktobermarkt sondern Sonntag, den 30. Oktober cr. von nachmittags 4 Uhr ab:

Große Tanzmusik

im angenehmen temperierten Saale. Strüthfer Kapelle! Strüthfer Kapelle! Es ladet ergebenst ein Hermann Adomeit.

Dampfärberei und chemische Reinigungsanstalt

Karl Döring, WIESBADEN Drudenstrasse 5 Spezial-Geschäft I. Ranges Tel. 6149 u. 5270

übernimmt alle einschlägigen Arbeiten bei sauberster Ausführung. Schnellste Lieferzeit! Zu soliden Preisen!

Annahmestelle für Nastätten und Umgebung: Albert Spriestersbach, Frieseurgeschäft, Nastätten, Römerstrasse 55 (an der evgl. Kirche).

Feinster Honigkuchen

(eigenes Fabrikat) per Pfund 1,50 Mark. Wiederverkäufer erhalten bei Abnahme von 1/2 Zentner und mehr entsprechenden Rabatt. Bestellungen werden noch bis zum 10. November d. Js. angenommen. Lieferzeit: Ende November.

Peter Haxel - Nastätten

Nähe Bahnhof Konditorei und Cafe Nähe Bahnhof

Auswahl

finden. Besuchen Sie mein großes Lager in Fahrräder (Opel, Neckarjumbo und noch andere erstklassige Marken). Nähmaschinen in jeder Ausführung. Gummi in jed. Preislage. Milchseparatoren (Morke Lanz u. Standard), in jed. Größe. Ersatzteile u. Zubehör für sämtl. Artikel.

Reparatur-Anstalt, Fahrrad- und Maschinen-Geschäft

Oberstraße 6 J. Deckert Telefon 77

Mit meiner Laute am Rhein !!

Eine Sammlung 26 beliebter Rheinlieder mit einem Anhang lustiger Weisen in Rheinischer Mundart für Gesang mit Gitarre-(Lauten-)Begleitung, gefehrt von Carl Blume. Mark 8.80 (einschl. aller Feuerungszuschläge).

Inhalt u. a.: „Ein rheinisches Mädchen“ — „Grüßt mir das blonde Kind am Rhein“ — „In der Rosenlaube am Rhein“ — „De Geiß wollt 'ne lange Stäß han“ — „Wie kumm ich dann de Booz eren“ und anderes mehr.

Zu haben: Müllersche Buchhandlung, Nastätten, Bahnhofstraße.

Amerikanische Kleidungsstücke

sind stets zu haben bei Friedrich Schmidt, Schneidermeister Nastätten : —: Adolfsplatz 2

Anständiger alleinstehender raang. Landwirt, vermögend, 50er Jahre, sucht ein tüchtiges älteres

Fräulein

jedoch nicht ohne Vermögen, von 30 bis 40 Jahren als Universalerbin einzusehen. Besl. Offerte (Diskretion beiderseits) u. „300“ an „Rhein- und Bahn-Anzeiger“, Nastätten.

Guterhaltene

Bettstelle

zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Ein Waggon

Spalierlatten

Dachlatten

Borrathsholz

eingetroffen! Wilh. Gill, Nastätten.

Seifenstein

eingetroffen! Emil Meyer, Malermeister, Nastätten (Nähe ev. Kirche).

Empfehle prima

Back-Steine

480 A per Tausend ab Ofen. Ziegelei Paul Schade Nastätten : Rheinstraße 33.

Haben Sie

Haarausfall oder Schuppen, so wenden Sie sich vertrauensvoll an mich und Sie bekommen Rat zur Beseitigung. Zugleich empfehle ich den Frauen mit leichtem Haar meine modernen schamännisch angefertigten Haarerzstücke wie: Zöpfe, Unterlagen, moderne Knoten, Locken, Turbane u. s. w., Aufsarbeiten und Färben von getrag. Zöpfen u. s. w. schnell und billig.

Verstärkung und Auskunst über sämtliche Haarerzstücke ohne Kaufzwang. Große Auswahl in Haarwuschmittel: Shampun, Pöste und moderne Garnituren sehr preiswert. Sämtliche Toilette-Artikel, Parfümerien und Seifen vorrätig. Damen- und Herrenfriseurgeschäft Albert Spriestersbach Nastätten (a. d. ev. Kirche).

Uspulnu

— (Saatbeize) — stets zu haben G. Bleutge, Drogenhandlung.

Haar-Schmud

und Frisierkämmen hervorragend schöne und solide Muster in haltbaren Qualitäten und eleganter Verarbeitung empfiehlt Damen- und Herrenfriseurgeschäft Bernhardt Adolfsplatz 21 : —: Adolfsplatz 1